

SPD und Grüne drehen bei Kitas, Schwimmbädern und Turnhallen an der Gebührenschaube

⋮ Seite 4

Preisgünstige Wohnungen sind Mangelware. Gleich mit fünf Ratsanträgen versucht die Linksfraktion, der Wohnungsnot zu Leibe zu rücken

⋮ Seite 5

Gegen Proteste aus der Bevölkerung haben SPD und Grüne beschlossen, den Steintorplatz vor allem mit Büroräumen und Geschäften zuzubauen

⋮ Seite 3

Vorbild Bad Nenndorf: Jugendbeirat soll auch in der Landeshauptstadt die Interessen junger Menschen vertreten

⋮ Seite 3

Roter Faden

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover

DIE LINKE.

Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Liebe Leserin, lieber Leser,



in den vergangenen Monaten hat der Rat der Landeshauptstadt Entscheidungen getroffen, die das Leben vieler Hannoveranerinnen und Hannoveraner unmittelbar betreffen. Grund genug für uns, eine neue Ausgabe des Roten Faden herauszugeben.

Flüchtlingskrise und Wohnungsnot stellen die Ratspolitiker/innen vor große Herausforderungen. SPD und Grüne haben zwar beschlossen, dieses Jahr fünf Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau zu geben. Das ist aber nach Auffassung der LINKEN viel zu wenig, um die Konkurrenz um preiswerte Wohnungen auch nur ansatzweise zu entschärfen. Die Linksfraktion verlangt nicht nur, diese Summe zu verdoppeln. Gleich mit fünf Ratsanträgen hat die Fraktion versucht, der Wohnungsnot auf verschiedenen Ebenen

beizukommen. Lesen Sie dazu den Bericht auf S. 5. Damit Flüchtlinge nicht auf Dauer in Turnhallen kampieren müssen, macht die DIE LINKE in den Bezirksräten Druck, damit es mit den Flüchtlingsunterkünften vorangeht. Mehr dazu auf S. 7.

Gegen den Protest vieler Einwohner/innen und der Linksfraktion hat der Rat beschlossen, den Steintorplatz vor allem mit Büroräumen und Geschäften zuzubauen. Damit geht nach der Bebauung des Klagesmarktes eine weitere wichtige Frischluftschneise in der Innenstadt verloren, genauso wie ein weiterer wichtiger Platz für Veranstaltungen aller Art.

Um den Stadtsäckel aufzufüllen, drehen SPD und Grüne bei Kitas, Schwimmbädern und Turnhallen kräftig an der Gebührenschaube. Die Linksfraktion lehnt diesen Griff ins Portemonnaie von Eltern, Badegästen und Sportvereinen ab und zeigt Alternativen auf. Ein anderer Artikel beleuchtet das finanzielle Desaster um das privatisierte marode Misburger Bad. Die Stadt will nun das Bad wieder selbst betreiben und sanieren, was die Linksfraktion immer gefordert hat. Wäre es gleich

so gelaufen, hätte die Stadt viele Millionen gespart. Blättern Sie durch unsere Seiten und entdecken Sie weitere Neuigkeiten.

Weil der Frühling vor der Tür steht, möchten wir an dieser Stelle an ein Zitat von Arthur Schopenhauer (1788-1860) erinnern. „Der Heiterkeit sollen wir, wann immer sie sich einstellt, Tür und Tor öffnen“, hat der deutsche Philosoph einmal gesagt. „Denn sie kommt nie zur unrechten Zeit.“

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen viel Interesse beim Lesen und viele vergnügte Stunden.

Ihre

Helga Nowak
und die Linksfraktion

Nach langem Drängen der Linksfraktion: Stadt hebt Gewerbesteuer an

Seit fünf Jahren fordert die Linksfraktion, in wirtschaftlich guten Zeiten die Gewerbesteuer maßvoll anzuheben. Schließlich profitieren die Unternehmen von der städtischen Infrastruktur. DIE LINKE will so den leeren Stadtsäckel etwas auffüllen und Geld für wirtschaftliche schlechte Zeiten zurücklegen. Das beugt Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen auf dem Rücken der Hannoveraner/innen vor, wenn es mit der Konjunktur wieder bergab geht. Nun haben SPD und Grüne den Mut gefunden, den Gewerbesteuerhebesatz von 460 auf 480 Punkte heraufzusetzen. Genau diese Erhöhung hat die Linksfraktion immer gefordert. Dadurch steigen die Einnahmen der Stadt allein in diesem Jahr um rund 25 Millionen Euro. „Wenn Sie uns

schon damals gefolgt wären, dann hätte die Stadt heute wesentlich weniger Schulden und einen ausgeglichenen Haushalt“, kommentierte LINKEN-Finanzpolitikerin Helga Nowak die Entscheidung im Rat. Die Gewerbesteuer wird ab einem Jahresumsatz von 30.000 Euro fällig.

Nicht gefolgt sind SPD und Grüne der Forderung der Linksfraktion, den Betrag, den die Sparkasse Hannover an die Stadt abführt, von derzeit 2,3 Millionen Euro auf 5,6 Millionen Euro zu verdoppeln. Die Sparkasse macht einen jährlichen Gewinn von rund 25 Millionen Euro. Hintergrund der linken Forderung sind die gewachsenen Aufgaben der Stadt, nicht zuletzt auch wegen der Flüchtlingskrise.

Steintorplatz verschwindet – Bürotürme kommen



„Als Alternative zur Bebauung des Steintorplatzes sollte die Stadt versuchen, die zum Teil nur zweigeschossigen Gebäude um den Platz herum höher zu bekommen. Diese Randbebauung wirkt in der City etwas piefig und provinziell.“

*Axel Hogh
Bezirksratsherr der LINKEN
im Stadtbezirk Hannover
Mitte*

Gegen die Stimmen der Linksfraktion hat der Rat beschlossen, den Steintorplatz zuzubauen. Geplant sind vor allem Geschäfte und Büroräume. Die Mehrheit von SPD und Grünen setzte sich damit über das Votum des Bezirksrats hinweg, der sich zuvor gegen die Bebauung ausgesprochen hatte. „Wir sind gegen jede weitere Privatisierung des öffentlichen Raums in der Innenstadt“, betonte Axel Hogh (Linke) im Bezirksrat Mitte. Die Bebauung Am Marstall unweit des Rotlichtviertels und die geplante Bebauung des Zentralen Omnibusbahnhofs sowie des Köbelinger Marktes als südlichem Abschluss der historischen Altstadt hatte Hogh noch mitgetragen. „Aber irgendwann muss Schluss sein“, sagt er und verweist zur Begründung auf wichtige Funktionen des Steintorplatzes. Dieser werde nicht nur für Veranstaltungen aller Art genutzt, sondern sei auch gerade im Sommer wichtig fürs Mikroklima in der Innenstadt. „Nachdem schon gegen unseren Protest der Klagesmarkt zugebaut wird, wäre es besonders wichtig gewesen, den Steintorplatz für die Frischluftzufuhr zu erhalten.“ Hogh plädiert als Alternative dafür,

die zum Teil nur zweigeschossigen Gebäude um den Steintorplatz herum, wie die Filiale einer Fastfoodkette, um zwei oder drei Stockwerke zu erhöhen. „Das ist außerdem kostengünstiger als den Steintorplatz zuzubauen, weil unter dem Steintorplatz die U-Bahn hält.“ Das Fundament unter dem Platz müsse deshalb bei einer Bebauung aufwendig gesichert und verstärkt werden, erläutert er.

LINKEN-Fraktionsvorsitzender Oliver Förste legte mit der Kritik an der Bebauung des Steintorplatzes im Rat nach: „Eine Handvoll Wohnungen, mit denen SPD und Grüne die Bürotürme am Steintorplatz ergänzen wollen, werden die Wohnungsnot in der Stadt noch nicht einmal ansatzweise beheben.“ Die Wohnungen dienten offensichtlich nur als Feigenblatt, um die mehrheitlich gegen eine Bebauung des Steintorplatzes eingestellten Hannoveranerinnen und Hannoveraner umzustimmen. Der Linke warf den Grünen in diesem Zusammenhang vor, sich bei der Stadtentwicklung im Laufe der vergangenen Jahre in „Betongrüne“ verwandelt zu haben.

In einem Jugendbeirat die eigenen Interessen vertreten



Foto: Clarissa Schwarz / pixelio.de

Seit vielen Jahren gibt es in Hannover den Seniorenbeirat, dessen Vertreter den Rat beraten und in den Ausschüssen auch mitreden dürfen. Das ist eine gute Einrichtung, denn eine eigene Interessenvertretung für die vielen Seniorinnen und Senioren ist gewiss sinnvoll. „Warum sollten dann Jugendliche nicht auch

ihre eigenen Interessen im Rat der Stadt vertreten dürfen?“, fragt Gunda Pollok-Jabbi, jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion. „Beispielsweise bei der Gestaltung und Einrichtung von Schulen, Freizeitanlagen oder Sportplätzen sollten sie doch ein Wort mitzureden haben. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines Jugendbeirats.“

Die Samtgemeinde Bad Nenndorf macht es vor: Dort wird gerade ein solcher Ju-

gendbeirat eingerichtet, nachdem eine entsprechende Satzung Anfang des Jahres in Kraft getreten ist. In Bad Nenndorf kann der Jugendbeirat von allen Jugendlichen der Stadt zwischen 14 und 24 Jahren gewählt werden. Er kann Anträge an den Rat und seine Ausschüsse sowie Anfragen oder Stellungnahmen an die Verwaltung richten, wenn Belange von Kindern und Jugendlichen betroffen sind.

„Immer wieder hören wir die Klagen über Politikverdrossenheit oder mangelndes politisches Interesse. Viele meinen, dass einfach über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir gerade jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich selbst an demokratischen Diskussionen und Entscheidungen zu beteiligen“, betont der Fraktionsvorsitzende Oliver Förste. So könnten sie nicht nur selbst direkten Einfluss auf ihre eigenen Belange nehmen, sondern auch lernen, wie unsere Demokratie funktioniert.

Rot-Grün dreht bei Kitas, Schwimmbädern und Turnhallen an Gebührenschaube



Welche darf es denn sein?

Um mehr Geld in die Stadtkasse zu bekommen, hat der Rat gegen die Stimmen der Linksfraktion beschlossen, die Gebühren für Kindertagesstätten (Kitas), die Mieten für Schwimmvereine und die Eintrittspreise in den städtischen Schwimmbädern zu erhöhen. Auch die Mieten für Sportvereine in den städtischen Turnhallen steigen. Viele Vereine fahren damit in die Verlustzone oder müssen ihre Mitgliedsbeiträge erhöhen. Gerade Hannoveraner/innen mit wenig Geld werden deshalb aus den Sportvereinen austreten müssen, weil sie eine Mitgliedschaft nicht mehr bezahlen können. „Es darf nicht sein, dass gerade die Leute, die sich teure Fitnessstudios nicht leisten können, die Stadtkasse auffüllen sollen“, betonte LINKEN-Fraktionsvorsitzender Oliver Förste im Rat.

Das gelte auch für die Erhöhung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung. Zwar sind rund 40 Prozent der Eltern von den Kitagebühren befreit. Der Höchstbeitrag wird aber schon für Familien mit einem mittleren Einkommen fällig. „Es ist sozial ungerecht, dass eine alleinstehende Sekretärin genauso viel bezahlen muss wie ein doppelt verdienendes Lehrerehepaar“, kritisierte LINKEN-Ratsfrau Gunda Pollok-Jabbi und forderte gebührenfreie Kitas für alle Eltern. Sie verwies beispielgebend auf die Stadt Salzgitter, welche die Kindergartengebühren schon abgeschafft hat. „Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass Kitas in Hannover gebührenpflichtig sind, während andere Bildungseinrichtungen wie Schulen kostenfrei sind“, unterstrich Pollok-Jabbi. „Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.“

Verstrickung ins Naziregime: Miegelweg in Badenstedt erhält neuen Namen



Wegen ihrer Verstrickung in das Naziregime ist die Stadtverwaltung dabei, Agnes Miegel als Namensgeberin des Miegelweges in Badenstedt zu entsorgen. Vorausgegangen war ein Antrag des linken Bezirksratherrn Siegfried Seidel. Als neue Namensgeberin favorisiert DIE LINKE bisher Henriette Suffian, die einst als „Mutter der Kleingärten“ galt. „Ich

könnte mir diesen Namen gut vorstellen, denn in der Nähe des jetzigen Miegelweges sind zahlreiche Kleingärten“, sagt Seidel. Er verweist darauf, dass Einwohner/innen aber auch selbst Namensvorschläge bei der Stadt einreichen können. Ein Anwohner wandte sich schon direkt an den linken Bezirksratherrn und schlug „Kittnerweg“ vor.

Selbst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs distanzierte sich Agnes Miegel nicht vom Nationalsozialismus. „Sie war deshalb keine „Mitläuferin“, sondern eine

aktive Unterstützerin des Regimes“, betont Seidel. „Unsere Herzen, hart von Not und Krieg, hat mit feinen glühenden, glaubensvollen Worten er durchpflügt wie Ackerschollen, bis ein neuer Frühling aus uns stieg.“ Diese Zeilen stammen aus dem Gedicht „Dem Führer“, das Agnes Miegel 1936 Adolf Hitler widmete. Aus diesem Grund entschlossen sich in den vergangenen Jahren viele Städte, Agnes Miegel als Namensgeberin für ihre Schulen oder Straßen nicht mehr zu nutzen: etwa Düsseldorf, Willich, Osnabrück und Wilhelmshaven. Eine in Münster eingesetzte Kommission empfahl schon vor fünf Jahren einstimmig die Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße. „Ausschlaggebend für die Empfehlung der Umbenennung war die Bewertung, dass Agnes Miegel eine Stütze des NS-Regimes im Bereich Kultur war und den ‚Führer‘ in ihren Werken verherrlichte“, begründete die Stadt die Entscheidung in einer Pressemitteilung. Selbst in Bad Nenndorf, dem Ort, in dem Agnes Miegel ihren Lebensabend verbrachte, beschloss der Rat, das zu ihren Ehren im Kurpark aufgestellte Denkmal zu entfernen. Ein Bürgerbegehren gegen diesen Ratsbeschluss scheiterte im vergangenen Jahr.

Wohnungsnot - Initiativen für bezahlbare Mieten



Gut besuchte Veranstaltungen unterfüttern die Aktivitäten der Fraktion im Rat

Gleich mit fünf Ratsanträgen hat die Linksfraktion versucht, der Wohnungsnot in der Landeshauptstadt zu Leibe zu rücken. Vor allem Menschen mit wenig Geld und Flüchtlinge haben große Probleme, eine bezahlbare Bleibe zu finden. Nicht wenige werden wegen steigender Mieten aus ihrem angestammten Wohnumfeld verdrängt.

Deutlich mehr Geld für sozialen Wohnungsbau

Die Stadt will in diesem Jahr fünf Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau geben. Für die Linksfraktion ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie verlangte in den Haushaltsberatungen, diesen Betrag auf zehn Millionen Euro zu verdoppeln. „Das ist zwar auch immer noch viel zu wenig“, sagte LINKEN-Fraktionsvorsitzender Oliver Förste im Rat. „Aber wir dürfen hier Bund und Land nicht aus der Verantwortung entlassen, denn die Kommune kann das alleine gar nicht wuppen.“

Mindestens 25 Prozent Sozialwohnungen bei Neubauten

Die Mieten im Viertel steigen weiter Wohnungsbau und Stadtentwicklung in Hannover

asant steigende Mieten, Probleme bei der Wohnungssuche, Verdrängung aus dem en Seite. Wachsende Profite, Spekulationen in erung von Mietshäusern als Wohneigentum auf ver sind Wohnungsnot und hohe Mieten eins der

Wie kann die Politik vor Ort und im Lande hier en wir diskutieren mit:

Regionalsociologe, Autor des Buches „Mietenwohn- teurer wird und wer davon profitiert“

gefragt

und Wohnen Hannover, häftsstelle Linden

Stadt Hannover

DIE LINKE.
Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Die Linksfraktion fordert verbindliche Sozialquoten beim Wohnungsbau. Mindestens 25 Prozent der neu errichteten Wohnungen, etwa in der kommenden Wasserstadt auf dem Contigelände in Limmer, sollen Sozialwohnungen werden. Der Quadratmeterpreis soll nicht mehr als 5,40 Euro betragen. Damit das klappt, soll die Stadt beim Verkauf von Grundstücken einen entsprechenden Passus in das Vertragswerk aufnehmen. Die anderen Parteien lehnten die 25-Prozent-Quote für Sozialwohnungen ab, weil dann die Investoren fernbleiben würden. „Mit dem Wohnungsbau lässt sich zurzeit eine goldene Nase verdienen. Gerade deshalb sollte die Politik hier Regelungen setzen, an die sich alle Investoren halten müssen, wenn sie in Hannover mit dem Bau von Wohnungen Geld verdienen wollen“, entgegnete Förste.

Belegrechts-Quote für Flüchtlinge und Obdachlose

Nur die CDU stimmte im Bauausschuss für den Antrag der Linksfraktion, bei den Belegrechtswohnungen der Stadt je eine feste Quote für Flüchtlinge und Obdachlose einzuplanen. Zudem sollte die Stadt prüfen, inwieweit es möglich ist, Wohnprojekte für Wohnungslose einzurichten. Die Initiative zu den Belegrechtswohnungen ist in Bremen schon gelebte Praxis. Dort erhalten Wohnungslose bei Bedarf zusätzlich eine Betreuung durch Sozialarbeiter/innen. „Schade, dass das in Hannover nicht klappt“, kommentierte Oliver Förste die Ablehnung von SPD und Grünen. „Eine Übernahme dieser Praxis hätte geholfen, sowohl das Flüchtlingsproblem als auch

die prekäre Lage der Wohnungslosen zu entschärfen.“

Energetische Standards auf gesetzliches Niveau senken

Bisher müssen sich Wohnungsbaufirmen beim Kauf städtischer Baugrundstücke verpflichten, beim Bau der Wohnungen besonders hohe Anforderungen zu Wärmedämmung und Energieverbrauch einzuhalten. Man spricht dabei auch von den energetischen Standards eines Wohngebäudes. In Hannover sind diese Anforderungen

deutlich höher als vom Bundesgesetzgeber vorgeschrieben. So erhöhen sich die Baukosten und damit auch die Miete. Zudem haben die hohen energetischen Standards dazu geführt, dass der Bau von Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten für fast alle Bauträger nicht mehr zu bezahlen ist. Die Linksfraktion will diese Vorschrift der Stadt streichen, sodass die Bauunternehmen wieder günstiger bauen können. So profitieren weitere Mieter/innen von preiswertem Wohnraum. Von den anderen Parteien schloss sich nur die CDU der linken Forderung an.

Wohnungsbaugenossenschaften bevorzugen

Schließlich konnten sich SPD und Grüne auch nicht dafür erwärmen, beim Verkauf von Baugrundstücken Wohnungsbaugenossenschaften zu bevorzugen, wenn sich diese verpflichten, die Wohnungen zu sozialverträglichen Mieten anzubieten.

Die Genossenschaften dürfen keine Profite machen und liegen deshalb mit ihrer Miete unter denen privater Vermieter/innen. Bei der aktuellen Baupolitik von SPD und Grünen kommen die Genossenschaften aber kaum zum Zuge. „Was ist eigentlich eine SPD noch wert, die allein privaten Investoren den roten Teppich ausrollt, ihren eigenen früheren Vorfeldorganisationen aber das Wasser abgräbt?“, fragte Förste die Vertreter/innen der SPD im Rat. Er spielte damit auf den Umstand an, dass die Genossenschaften historisch eng mit der SPD verknüpft waren. Der Gründer des Spar- und Bauvereins in Hannover etwa war seinerzeit ein sozialdemokratischer Senator.

Privatbetreiber hinterlässt Bauruine: Stadt übernimmt marodes Misburger Bad



Der Privatpool - eine einfache und kostengünstige Alternative

Oberbürgermeister Stefan Schostok (SPD) ist der langjährigen Forderung der Linksfraktion nachgekommen, das Misburger Bad wieder als städtisches Schwimmbad zu betreiben und zu sanieren. Das Hallenbad ist seit Monaten wegen Einsturzgefahr geschlossen. Betreiber des Bades ist bisher die private Firma S.A.B. gewesen. Sie hatte das

Bad vor Jahren von der Stadt übernommen und wollte es sanieren. Das Geld dafür, insgesamt 11,3 Millionen Euro, kam von der Stadt, die dafür einen Kredit aufnehmen musste. Diese Privatisierung hatte die Linksfraktion bereits damals kritisiert und gefordert, dass die Stadt das Bad betreibt und saniert. Anstatt das Bad instand zu setzen und zu modernisieren, wurde es von der Privatfirma „kaputtgebaut“. Immer wieder gab es Nachbesserungen. Statiker stießen schließlich bei einer Überprüfung im vergangenen Jahr auf beschädigte Deckenbalken und trauten ihren Augen nicht: Die tragenden Konstruktionen hatten große Löcher. Bei einer weiteren Überprüfung stießen die Experten auf weitere Schäden, etwa Feuchtigkeit in der Decke und eine mangelnde Abdichtung des Fußbodens.

Privatisierung endet als finanzielles Desaster

Die Stadt will nun das verantwortliche Unternehmen verklagen und Regressansprüche geltend machen. Selbst wenn die Klage erfolgreich sein sollte, bezweifelt die Linksfraktion, dass bei der Firma überhaupt noch etwas zu holen ist. Noch bis zum Jahr 2030 muss die Stadt den Millionenkredit für die angebliche Sanierung im Jahr 2007 abzahlen. „Hätte die Stadt schon damals das Bad übernommen und modernisiert, hätte sie viele Millionen auch für die nun anstehende Sanierung gespart“, betonte Helga Nowak (LINKE) im Rat.

Sanierung der übrigen Bäder mit angezogener Handbremse

Fraktionsvorsitzender Oliver Förste kritisierte den Zeitplan für die Sanierung der übrigen städtischen Bäder, was über einen Zeitraum von 14 Jahren geschehen soll. Das letzte Bad ist dann erst im Jahr 2030 fertig. „In den kommenden Jahren rotten die Schwimmbäder also weiter vor sich hin, notdürftig geflickt durch teure Reparaturen wie jetzt im Lister Bad“, stellte Förste fest. Er kritisierte auch, dass SPD und Grüne trotzdem die Eintrittspreise für Badegäste und die Mieten für Schwimmvereine erhöhen.

Bezirksrat Herrenhausen-Stöcken beschließt Resolution gegen Rassismus



Sabine Daniels
Bezirksratsfrau
Herrenhausen-Stöcken

Auf Initiative von Sabine Daniels (LINKE) hat der Bezirksrat Herrenhausen-Stöcken eine Resolution gegen Rassismus verabschiedet. Nur die CDU zog bis auf einen Mandatsträger nicht mit und behauptete, es gebe im Stadtbezirk keine Probleme mit Nazis und anderen Rechtsauslegern. Dem widersprach Sabine Daniels vehement. „Wir haben hier immer wieder Nazisch-

miererein an Hauswänden“, betonte sie. „Und sogenannte besorgte Bürger meinen, sich über Müll beschweren zu müssen, der angeblich von einer Flüchtlingsunterkunft ausgeht, was einfach nicht stimmt.“ Anwohner/innen hätten gar beobachtet, wie diese „besorgten Bürger“ den Müll selbst ausgelegt haben.

Bezirksrat Buchholz-Kleefeld: Irene Hagen und Karsten Plotzki bilden Fraktion



Karsten Plotzki und Irene Hagen

Irene Hagen und Karsten Plotzki (beide DIE LINKE) haben im Bezirksrat Buchholz-Kleefeld eine gemeinsame Fraktion gebildet. Vorsitzende ist Irene Hagen. „Nun ist zusammengekommen, was zusammen gehört“, kommentiert sie den Schritt. „Gemeinsam sind wir stärker.“ Karsten Plotzki ist vor kurzem in DIE LINKE eingetreten, nachdem er lange Zeit als Parteiloser im Bezirksrat saß. Er war bei der vergangenen Kommunalwahl auf der Liste der SPD gewählt worden, kehrte aber später dieser Partei den Rücken.

Die neue Linksfraktion im Bezirksrat setzt sich vor allem für den Erhalt der Kleingärten im Stadtbezirk ein. Die im städtischen Wohnkonzept geplante Bebauung der Dauerkleingartenflächen im Bereich Kleefeld und Groß-Buchholz lehnt die Fraktion aus sozialen und ökologischen Gründen ab. „Die Kleingärten haben nicht nur eine wichtige Naherholungsfunktion“, sagt Karsten Plotzki. „Es ist davon auszugehen, dass der Bedarf an wohnortnahen Kleingärten weiter steigt, weil die Einwohnerzahlen auch bei uns im Stadtbezirk anziehen.“

Stadt muss bei Flüchtlingsunterkünften Tempo machen



Turnhallen sind als dauerhaftes Provisorium eher ungeeignet

Damit Flüchtlinge nicht auf Dauer in Turnhallen kampieren müssen und Sporttreibende nicht zu lange auf die Nutzung verzichten müssen, macht DIE LINKE in den Bezirksräten Druck. Monika Windhorn hat im Bezirksrat Nord vorgeschlagen, die ehemalige Landesfrauenklinik als Flüchtlingswohnhaus herzurichten. Das Gebäude im Herrenhäuser Kirchweg steht seit einem knappen Jahr leer. Das Nordstadt-Krankenhaus braucht die Immobilie nicht mehr. Das sehr große Hauptgebäude mit seinen Nebengebäuden sei in einem passablen Zustand und könne mit wenig Renovierungsaufwand als Flüchtlingsunterkunft hergerichtet werden, argumentierte Windhorn im Bezirksrat. Die Politiker/innen beschlossen schließlich einen leicht geänderten Antrag. Danach wird die Stadtverwaltung aufgefordert, mit der Region Hannover über eine vorübergehende Nutzung der Gebäude als Notunterkunft zu verhandeln.

LINKEN-Bezirksratsherr Manfred Milkereit setzt sich für eine zügige Realisierung der seit langem geplanten Flüchtlingsun-

terkunft in der Thurnithstraße in Döhren ein. Obwohl schon vor drei Jahren von Rat und Bezirksrat beschlossen, liegt das Projekt immer noch auf Eis. Hintergrund ist eine sogenannte Konzessionsausschreibung, welche die Stadt vorgenommen hat. Danach soll der Erbauer des Gebäudes auch der spätere Betreiber der Flüchtlingsunterkunft sein. Weil es damit nicht vorangeht, fordert Milkereit, statt einer Konzessionsausschreibung mobile Container aufzustellen. „Das geht schneller, und ein Wohlfahrtsverband wie das Deutsche Rote Kreuz oder die Kirche kann dann die Flüchtlingsunterkunft betreiben“, erläutert der linke Bezirksratsherr. Er wendet sich gegen die Pläne der Stadt, im Stadtteil Mittelfeld bis zu sieben Flüchtlingsunterkünften zu errichten. Mittelfeld gilt als sozialer Brennpunkt. „Rechnet man die Großunterkünfte auf dem Expo-Gelände wie die Messehallen und den Deutschen Pavillon dazu, werden dann weit mehr als zehn Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Mittelfelds Flüchtlinge sein“, schätzt Milkereit. Er fordert, die Flüchtlingsunterkünfte besser im Stadtgebiet zu verteilen.

Impressum

Herausgeberin:

Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Leinstr. 16, 30159 Hannover, Tel.: 0511 168 463-48, Fax: /-76
www.linksfraktion-hannover.de, Email: heidrun.tannenberghannover-rat.de

Redaktion:

Michael Fleischmann
V.i.S.d.P.: Oliver Förste
Satz: Markus Hintze

Wehret den Anfängen!



Sie marschieren wieder

Mit der Aufnahme vieler Flüchtlinge aus den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt erleben wir eine zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die es für ein Gebot der Mitmenschlichkeit und Solidarität halten, verfolgte und bedrohte Menschen hier aufzunehmen. Alleine in Hannover engagieren sich hunderte Bürgerinnen und Bürger in den Willkommens-Initiativen, um dabei ehrenamtlich zu helfen. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die das zum Anlass nehmen, ausländerfeindliche Parolen zu verbreiten, zu hetzen oder sogar Anschläge auf bewohnte Flüchtlingsheime zu verüben. Mittlerweile gehen radikale Rechte in aller Öffentlichkeit soweit, nationalsozialistische Wortschöpfungen wie „Lügenpresse“ zu verwenden, rechte Marschierer greifen aus der Menge heraus Journalisten an. Sie hetzen ganz im Stil der NSDAP gegen die Demokratie, es gibt Todesdrohungen und vollzogenen Anschläge auf Politiker, Flüchtlinge und Andersdenkende.

Als Parolengeber für die militanten Faschisten funktioniert beispielsweise ein

Björn Höcke von der AfD, wenn er auf Demonstrationen vor seinen braunen Anhängern Anspielungen auf das „1000-jährige Reich“ macht. Ein anderer AfD-Politiker hat es richtig erkannt und die Wahrheit ausgesprochen. So sagte Alexander Gauland gegenüber dem Spiegel: „Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise. (...) Man kann diese Krise ein Geschenk für uns nennen.“

Die AfD ist somit einer der Profiteure dieser Situation. Mit anderen Worten, ihre Anführer schlagen ganz bewußt politisches Kapital aus dem Leid Anderer, indem sie die Menschen gegeneinander aufhetzen. Ganz absurd wird es, wenn sich Abtreibungsgegner, Vertreter traditioneller Rollenbilder und rechte Chauvinisten als Verteidiger der „deutschen Frau“ aufspielen. Sind sie nicht vielmehr Brüder im Geiste mit radikalen Islamisten? Den vorgeblichen Verteidigern des „christlichen Abendlandes“ sei jedenfalls gesagt, dass Wort und Praxis des Asyls eine christliche Erfindung des Mittelalters ist, davor herrschte in Deutschland die Barbarei.

In Hannover treffen sich immer noch Anhänger der sogenannten „Hagida“ regelmäßig in der Innenstadt, organisiert von bekannten Mitgliedern der rechten Szene. Bei den Kommunalwahlen im September wird voraussichtlich auch die AfD antreten und versuchen in die Räte zu kommen. Wir müssen den Rechten auf der Straße entgegentreten und ihnen zeigen, dass in Hannover kein Platz für sie ist. Und bei den Kommunalwahlen ist jede Wählerstimme wichtig, um zu verhindern, dass die AfD aufgrund geringer Wahlbeteiligung stärker wird, als es ihr eigentlich zusteht.

Oliver Förste